

Zauderer Clinton

NORMAN BIRNBAUM

Präsident Bill Clinton trat 1993 sein Amt mit dem Versprechen an: „Es ist Zeit für einen Wandel.“ Die Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und George Bush bedrohte Millionen Amerikaner mit Arbeitslosigkeit. Zum ersten Mal mußte der Mittelstand hinnehmen, daß sein Lebensstandard sank. Die Zahl der Verarmten nahm beängstigend zu – und ihnen verhiess Clinton eine neue Form von Hilfe.

Berufliche Fortbildung sollte ihnen ermöglichen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Mit einem Investitionsprogramm wollte der Präsident die gesamte Wirtschaft ankurbeln, die Steuereinnahmen erhöhen und das Defizit senken. Die Reform des Gesundheitswesens machte er zum Hauptanliegen der neuen Regierung: Die USA dürften nicht länger das einzige Land in der industrialisierten Welt sein ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz für alle Bürger.

Clinton versprach überdies, sich für die vollständige Integration der ethnischen Minderheiten einzusetzen. Der kaum verhüllte Rassismus, der unter den Republikanern herrschte, sollte der Vergangenheit angehören.

In der Außenpolitik wollte Clinton den traditionellen amerikanischen Einsatz für die Menschenrechte wieder in den Mittelpunkt rücken. Eine multipolare Welt sollte nach dem Ende des Kalten Kriegs entstehen, in der die Vereinten Nationen als Weltgendarm für Frieden sorgten.

Schon die einfache Aufzählung dieser guten Vorsätze reicht aus, um klarzumachen, wie kraß Clinton bisher gescheitert ist. Die historische Bedeutung seines Einzugs ins Weiße Haus lag ja nicht so sehr in der Rückkehr der Demokraten an die Macht, sondern in der Chance, das politische System Amerikas gänzlich neu zu orientieren. Clintons Niederlagen können uns deshalb viel über die Grenzen der Reformmöglichkeiten in der amerikanischen Gesellschaft lehren.

Hat Clinton dabei persönlich versagt? Sicher, er hat große Schwierigkeiten, eindeutige Entscheidungen zu fällen. Stets versucht er, Positionen miteinander zu vereinbaren, die unvereinbar sind. Weil er jedermanns Freund sein will, jedermanns Meinung verstehen kann, hat er Mißtrauen und Enttäuschung, sogar Schimpf und Schande auf sich gezogen. Seine Unfähigkeit, eindeutige Standpunkte zu vertreten, unterscheidet sich indes nicht vom typischen Verhalten amerikanischer Eliten. Sie spiegelt deren fundamentale Unfähigkeit wider, das öffentliche Interesse zu repräsentieren.

Bill Clinton wuchs in einer zerbrochenen Familie auf, der wirtschaftliche Sicherheit völlig fehlte. Daß es ihm trotzdem gelang, die Präsidentschaft zu gewinnen, beweist eine innere Zielstrebigkeit, die seine Kritiker nicht erkennen wollen.

Zweifelloos verfügt Clinton über einen ausgeprägten Idealismus. Die Schwierigkeit ist nur, daß er jederzeit gegenüber sich selbst rechtfertigen kann, warum er seinen

Idealismus den Erfordernissen der brutalen Realität opfern müsse.

Clinton hat sich mit Leuten von ähnlichem Zuschnitt umgeben, mit Männern und Frauen, die meistens keine privilegierte Vergangenheit haben. Sie haben Eliteuniversitäten besucht und im Ausland studiert. Sie interessieren sich für die Macht; die Frage ist nur: Für wen benutzen sie ihre Macht, wem kommen ihre Ideen zugute?

Die neue Generation an der Macht repräsentiert nur ein Segment zeitgenössischer Kultur – sie verkörpert die liberalen und säkularen Werte von Emporkömmlingen aus der Mittelklasse. Daß ihr Aufstieg beim Rest der Gesellschaft nicht gerade begeisterte Ovationen hervorruft, können viele von ihnen einfach nicht begreifen.

Politisch galt Clinton als Inbegriff der „Neuen Demokraten“, die sich vom sozialdemokratischen Flügel der Partei abgesetzt hatten. Er war Gouverneur eines Staates, dessen Gesetze die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz behinderten. Das Programm dieser Neuen Demokraten ist nichts weiter als eine moderatere Version des republikanischen Leitmotivs „Alle Macht den Märkten“.

Während des Wahlkampfes hat Clinton nie gezögert, seine Distanz zur Parteilinken deutlich zu machen. Überdies ist er ein Südstaaten-Protestant; was immer er sich an sozialem Be-

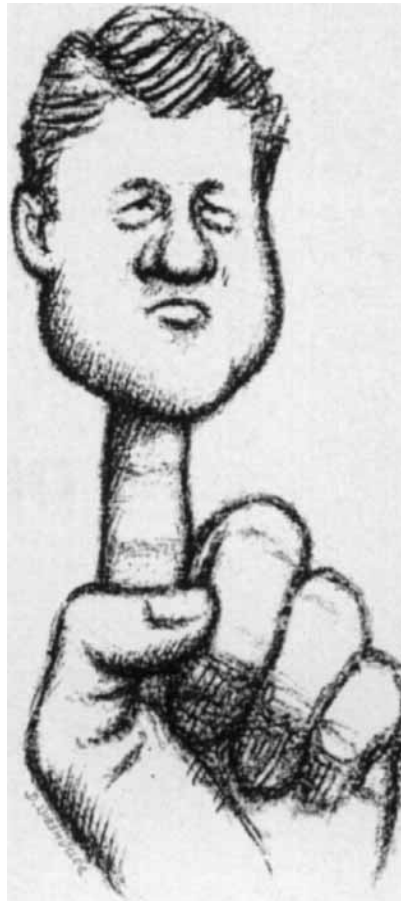
wußtsein erhalten hat, entspringt eher christlicher Solidarität – schon seit jeher eine treibende Kraft hinter sozialen Reformen in Amerika – als sozialdemokratischem Gedankengut.

Dennoch gelang es seinen Gegnern, ihn als Linksradikalen zu verteufeln. Bereits im Wahlkampf entstand die Gefahr, daß ein Rechtspopulist wie Ross Perot genug verdrossene und mißtrauische Wähler um sich sammeln würde, um dem Republikaner George Bush zu einer relativen Mehrheit zu verhelfen.

Das Phänomen Perot verdient noch immer Beachtung. Denn die Botschaft des texanischen Milliardärs war und ist die Botschaft des primitiven Parteiflügels der Republikaner. Ihr Credo: Die Regierung ist verschwendungssüchtig und inkompetenten Parasiten ausgeliefert. Alles was not tut, ist „freies Unternehmertum“.

Wie Berlusconi gründete Perot eine Bürgerbewegung, die er durch seine Topmanager leiten ließ. Die soziale Zusammensetzung seiner Anhänger ist einfach: Sie sind weiß, kommen aus der Provinz und wohnen in Suburbia.

Perots Organisation besteht weiter; die Zahl seiner Fans hat sich nicht erkennbar verringert, selbst wenn er persönlich derzeit im Hintergrund steht. Das enorme antipolitische und antistaatliche Potential, auf das er sich stützt, läßt sich jederzeit wieder mobilisieren. Obwohl Perot seine Bewegung noch nicht mit anderen Ver-



mittlern apokalyptischer Ängste – etwa der christlichen Rechten – vereinigt hat, bleibt diese Option eine realistische Möglichkeit. Eine solche Gruppierung könnte 30 bis 40 Prozent der Wählerschaft erreichen. Sie wäre dann eine ernsthafte Gefahr für die liberale und säkulare Demokratie USA.

Um so wichtiger ist ein Clinton-Erfolg in der Sozialpolitik. Doch gerade hier wollte der Präsident es allen recht machen: Einerseits verspricht er, das überkommene System staatlicher Subventionen zu beenden. Damit stellt er Konservative ruhig, die Sozialhilfeempfänger für arbeitsscheu halten. Seine Alternativpläne werden aber von einem Teil seiner eigenen Parteifreunde torpediert, die fürchten, daß der Staat die Unterschicht völlig fallenlassen könnte.

Ähnliche Widersprüche kennzeichnen die Politik des Präsidenten auch im Bereich der Strafjustiz. Er stimmte einem Gesetz zu, das lebenslange Haftstrafen für jeden zwingend vorsieht, der dreimal wegen Gewalttaten verurteilt wurde. Das wäre in der Tat ein staatlicher Anreiz für Wirtschaftswachstum – durch den Bau von Gefängnissen. Bedarf besteht: Die USA haben jetzt schon eine Million Häftlinge, im Verhältnis zur Bevölkerung die höchste Zahl von allen Industrienationen.

Dagegen hat der Präsident ein wirkliches Verständnis für die Entwicklung einer multikulturellen und multi-rassischen Gesellschaft in den USA. Er brachte eine große Zahl von Hispanics und Schwarzen in wichtige Ämter. Ebenso förderte er die Ernennung von Frauen. Das mag zwar die Sensibilität der Regierung für diejenigen erhöhen, die bislang in politischen Ämtern unterrepräsentiert waren. Aber es ist kein Ersatz für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten.

Das wichtigste Reformvorhaben des Präsidenten war die angestrebte Revision des Gesundheitswesens. Gut 20 Prozent der US-Bevölkerung leben ständig oder vorübergehend ohne jeden Krankenversicherungsschutz. Clinton priest seine Reform, die Versicherungsschutz für alle und dafür auch Beiträge der Arbeitgeber vorsah, als Effizienzsteigerung des bestehenden Gesundheitswesens sowie als Beitrag zur Kostensenkung. Er stellte es nicht dar als den minimalen Solidar-pakt einer Gemeinschaft, ohne den keine zivilisierte Gesellschaft auskommt. Damit täuschte er die Öffentlichkeit, weil er fürchtete, ihr die Wahrheit nicht zumuten zu können.

Die Halbherzigkeit bekam ihm schlecht. In einer Anzeigenkampagne für viele Millionen Dollar verleumdete die Versicherungskonzerne die Reform als „sozialistisch“. Auch der Kongreß hat sich einstweilen geweigert, Clintons Plänen zuzustimmen – eine Allianz von Neuen Demokraten und Republikanern hat entschieden, daß sich die Nation einen generellen Versicherungsschutz vorerst nicht leisten könne.

Übereinstimmend vertreten die Medien die Ansicht, daß Clintons Amtsführung in der Außenpolitik am meisten zu wünschen übriglasse. Doch sollte jeder ernst nehmen, was Clinton im Wahlkampf gesagt hat: Die Stärke der USA im Ausland hängt von der Stärke der USA daheim ab. Er weiß, selbst wenn er es nicht öffentlich sagt, daß die Vereinigten Staaten den Kalten Krieg ebenfalls verloren haben.

Es tut gut, sich daran zu erinnern, daß der Kalte Krieg nicht gerade der selbstlose Ausdruck amerikanischen Demokratiestrebens war. Er war vielmehr unauflöslich verwoben mit dem sozialen Kontrakt der amerikanischen Nachkriegszeit.

Der hatte Vollbeschäftigung, regelmäßige Lohnerhöhung und sozialen Frieden versprochen. Sein wichtigstes Element war die ständige Zunahme der amerikanischen Industrieproduktion und damit die Steigerung des Lebensstandards für den größten Teil der Bevölkerung. Diese Expansion hing zu einem großen Teil von den Ausgaben des Kalten Kriegs ab: beispiels-

weise der Unterstützung für starke, technologisch hervorragend ausgerüstete Streitkräfte, deren Waffensysteme ständig erneuert werden mußten.

Heute sind die Propagandisten des Kalten Kriegs – Akademiker, Bürokraten, Publizisten und Politiker – beschäftigungslos geworden. Begierig darauf, eine andere Welt zu finden, die sie kommandieren könnten, sehen sie sich nach neuen Feinden um. Diese frustrierten Ideologen sind es vor allem, die Clintons Außenpolitik mit Hämie überziehen. Sie machen einen durchaus glaubwürdigen Außenminister wie Warren Christopher nieder und scheinen zu denken, daß ein Sicherheitsberater wie Anthony Lake ein Versager sein muß, nur weil er weder über die Verschlagenheit eines Henry Kissinger verfügt noch über dessen unübertroffenen Zynismus.

Der Präsident ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten derzeit nicht gewillt ist, die Bürde einer weltweiten Führungsrolle auf sich zu nehmen. Und er ist entschlossen, nicht den Fehler von Bush zu wiederholen und

zu glauben, ein kurzzeitiger Triumph in Übersee könne das Fehlen jeglicher Politik zu Hause ersetzen.

Der amerikanische Beitrag zu einem vollständig neuen außenpolitischen Konzept, zur Rolle der Supermacht in einer polyzen-

trischen Welt, kann erst dann gefunden werden, wenn die inneramerikanische Krise beigelegt ist.

Clintons Amtsführung und Clintons Reformpolitik haben diese Krise nicht verursacht, sie spiegeln sie lediglich wider. Die Kandidaten der Demokratischen Partei sind bei den Kongreßwahlen in dieser Woche stark gefährdet. Verluste in beiden Häusern des Parlaments werden den ohnehin geschwächten Präsidenten weiter schwächen.

Clinton wird künftig mit wechselnden Mehrheiten regieren müssen. Die Probleme, die er im Kongreß hat, sind allerdings nur ein Abbild der Probleme, die Clinton auch in der Bevölkerung hat: Ein Drittel unterstützt ihn, ein weiteres Drittel lehnt ihn heftig ab. Die Mitte dazwischen verhält sich gleichgültig – und ist für Reformen immer schwerer zu gewinnen.

Diese Situation ist gravierender als ein bloßer Stimmungsumschwung. Auch traditionelle Republikaner haben ernsthafte Schwierigkeiten bei ihren Wählern. Die Republikanische Partei ist gespalten in alte und neue Konservative. Die aktivsten Parteimitglieder gehören der extremen Rechten an, sie werden von der herkömmlichen Parteielite verachtet. Soziologisch sind sie im unteren Mittelstand verankert.

Solange sich die soziale Krise Amerikas verschärft, solange der Lebensstandard dieses Mittelstands weiter sinkt, könnten die wohlhabenden Republikaner ihre weniger privilegierten Parteifreunde als Stoßtrupp und nützliche Idioten an der Wahlurne benutzen. Ein solches Bündnis aus kultureller Reaktion, marktwirtschaftlichem Laisser-faire und rechtem Populismus könnte für die Demokraten tödlich werden.

Das wissen Clintons Parteifreunde. Die Schwierigkeit ist nur – und daran trägt der Präsident selbst Schuld –, daß sie unfähig sind, sich zu klaren Entscheidungen zu bekennen. Sie weigern sich, einen alternativen Entwurf für eine Sozialpolitik vorzulegen, die sich von den Ideen der Republikaner und der Perot-Anhänger deutlich abhebt. Dadurch haben sie ihre Chancen verspielt, die unentschlossene Mittelklasse in einer gemeinsamen Front hinter sich zu scharen. Dafür fehlte Clinton und seiner ehrgeizigen Mannschaft nicht nur der politische Mut, sondern wohl auch der Wille zur Veränderung. □

Birnbaum, 68, Mitglied der Demokratischen Partei, ist Professor für Sozialwissenschaften am Jura-Zentrum der Washingtoner Georgetown University.

Präsident Clinton weiß, daß auch die Vereinigten Staaten den Kalten Krieg verloren haben